

## 7. März 2014 bis 27. März 2014

Eine Investorengruppe, die von den beiden US-amerikanischen Private-Equity-Unternehmen **Advent International** und **Bain Capital** geführt wird und zu dem auch der dänische Pensionsfonds ATP gehört, erwirbt das skandinavische Kartenzahlungsunternehmen **Nets Holding** für 3,14 Milliarden US-Dollar. Verkäufer ist eine Gruppe verschiedener Banken, zu denen Nordea und Danske Bank gehören. Die Nets Holding arbeitet mit rund 260 Instituten in Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Estland zusammen. Sie wickelte 2013 mit 2 600 Beschäftigten etwa sechs Milliarden Kreditkartentransaktionen ab.

Die **Botschafter der 28 EU-Staaten** billigten Ende März 2014 offiziell eine Einigung mit dem Europaparlament über die Schaffung des **EU-Mechanismus für die Sanierung oder Schließung von Banken** (Single Resolution Mechanism). Am 15. April soll das EU-Parlament endgültig hierüber abstimmen. Das gilt als Formsache. Der Mechanismus ergänzt damit den einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism), der Ende 2014 funktionsfähig sein soll. Die erste Phase des SRM wird am 1. Januar 2015 starten. Er beinhaltet, dass Banken ihre eigene Abwicklung vorsorglich planen. Zudem werden nationale Aufsichtsbehörden Informationen an einen neu zu gründenden europäischen Abwicklungsausschuss (Board) übermitteln. Schließlich wird 2015 erstmals ein jährlicher Beitrag von den Banken erhoben, sodass 6,9 Milliarden Euro (ein Achtel der Zielausstattung von 55 Milliarden Euro) in dem Fonds vorhanden sein werden, wenn der SRM im Januar 2016 in die zweite Phase eintritt. Von diesem Zeitpunkt an sollen Banken dann nach dem europäischen Regime abgewickelt werden können. Zugleich gilt dann auch die weitreichende Beteiligung (Bail-in) von Aktionären, Gläubigern und sehr vermögenden Spareinlegern. Bis Januar 2016 beschränkt sich der Bail-in noch auf Aktien und nachrangige Schuldtitel. Welche Bank sich wie stark an der Finanzierung des Abwicklungsfonds beteiligen wird, ist in den Details noch ungeklärt.

Die 28 nationalen Regierungen der **Europäischen Union** haben Ende März eine Ausweitung der **EU-Zinssteuerrichtlinie** beschlossen. Diese sieht einen automatischen Informationsaustausch über Zinserträge von EU-Bürgern innerhalb der EU vor. Die EU setzt damit den von der OECD entwickelten und von der G20 gebilligten

einheitlichen weltweiten Standard für den automatischen Informationsaustausch um. Das hat vor allem Auswirkungen auf Banken in Luxemburg und Österreich, die bisher nicht am automatischen Informationsaustausch teilgenommen haben.

Die **Deutsche Bundesbank** und die chinesische Zentralbank **People's Bank of China** (PBoC) unterzeichneten Ende März 2014 eine Absichtserklärung zum Clearing und Settlement in der chinesischen Währung **Renminbi** am Finanzplatz Frankfurt (siehe auch Börsen). Die Zentralbanken wollen die Zusammenarbeit bei der Abwicklung von Renminbi-Zahlungen intensivieren. Eine für die geplante Lösung notwendige Clearing-Bank soll noch benannt werden. Aufgrund des erforderlichen RMB-Liquiditätszugangs muss diese eine Niederlassung einer chinesischen Bank in Deutschland sein. Mit dieser Lösung können Zahlungen in Renminbi künftig innerhalb Deutschlands und mit China in Frankfurt abgewickelt werden. Auch die Bank of England schloss ein Abkommen mit der PBoC. Sie einigten sich darauf, in London Settlement- und Clearing-Dienste für den Handel mit der chinesischen Landeswährung anzusiedeln. Für London wird die chinesische Zentralbank ebenfalls noch eine Clearing-Bank benennen.

Die US-amerikanische Bank **J.P. Morgan** hat ihr physisches Rohstoffgeschäft für 3,5 Milliarden Dollar an den schweizerischen Energiehändler **Mercuria Energy Group** verkauft. Das Schweizer Unternehmen handelt schwerpunktmäßig mit Erdölprodukten, hat seine Aktivitäten aber auch auf Strom, Erdgas, Kohle und Emissionsrecht handel ausgeweitet. Der Verkauf soll im dritten Quartal 2014 abgeschlossen werden. Den Ausstieg aus diesem Geschäftsbereich, dem Handel beispielsweise mit Öl oder Metallen, hatte J.P. Morgan bereits im Sommer 2013 angekündigt. An dem Geschäft mit Rohstoffderivaten hält die Bank fest.

Wie bereits angekündigt zahlt die **Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)** eine Milliarde Euro an **Stillen Einlagen** an ihre **Träger** zurück. Die entsprechenden Verträge wurden Ende März von den Trägern –

Land Baden-Württemberg, Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW) und Stadt Stuttgart – sowie der Bank unterzeichnet. Die Zahlung erfolgt auf Basis des Jahresabschlusses 2013 Anfang April. Die erforderliche Zustimmung der Bankenaufsicht BaFin liegt vor. Während der Finanzkrise 2009 hatte die Landesbank in Stuttgart von ihren Trägern eine Kapitalspritze in Höhe von fünf Milliarden Euro bekommen.

Die gemeinnützige Stiftung **Monte dei Paschi di Siena** veräußerte im März dieses Jahres mehrmals Anteile an der gleichnamigen italienischen Bank. Im ersten Schritt hatte sie zwischen dem 19. und dem 24. März 11,98 Prozent ihrer Anteile verkauft, gegen Monatsende verkaufte sie weitere rund drei Prozent. Ihr Anteil an dem Kreditinstitut sank damit auf etwa zwölf Prozent. Die Banca Monte dei Paschi di Siena geriet während der Finanzkrise in Schwierigkeiten und erhielt einen Notkredit der italienischen Regierung über 4,1 Milliarden Euro. Mit Annahme dieser Unterstützung hatte das Institut zugesagt, dass das Rettungsdarlehen automatisch in Aktienkapital verwandelt und dem Staat zugesprochen wird, wenn eine geplante Kapitalerhöhung über drei Milliarden Euro nicht gelingt. Diese soll nun bis Mitte des Jahres 2014 stattfinden.

Die **Trumpf GmbH & Co. KG**, Ditzingen, gründet eine eigene Vollbank. Die **Trumpf Financial Services GmbH** soll künftig ihren Kunden europaweit Möglichkeiten der Absatzfinanzierung eigener Maschinen und zudem – zunächst Mitarbeitern – Einlagengeschäfte anbieten. Zuvor war das Unternehmen über eine Bestandschutzregel lediglich als Finanzdienstleister für Finanzierungsleasing tätig und entsprechend nur beschränkt den aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Kreditinstitute unterworfen gewesen. Die Trumpf-Gruppe mit ihren Geschäftsfeldern Werkzeugmaschinen, Lasertechnik, Elektronik und Medizintechnik erwirtschaftete 2012/2013 mit rund 9 900 Mitarbeitern einen Umsatz von 2,34 Milliarden Euro.

Der in Düsseldorf ansässige **Verband öffentlicher Versicherer** wird künftig mit zunächst zehn Mitarbeitern in den Räumen des **Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV)** in Berlin vertreten sein. Sie sollen sich als fachliche Ansprechpartner in Projekte zur Vertriebsoptimierung und Produktentwicklung einbringen.